

**Informationsblatt gemäß Art. 13 und 14 der EU-Datenschutzgrundverordnung
(EU-DSGVO) zur Erhebung von personenbezogenen Daten in Bezug
auf das Zugangs- und Kontrollsystem des Bäderbetriebes**

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Magistrat der Stadt Rotenburg a. d. Fulda
Der Bürgermeister
Marktplatz 14 - 15
36199 Rotenburg a. d. Fulda
Telefon: +49 (0)6623 - 933-0
Mail: magistrat@rotenburg.de

2. Beauftragte oder Auftraggeber für den Datenschutz

Sicherheitstechnik Stolz
Frau Nadine Stolz
Klaustor 4
36251 Bad Hersfeld
Telefon: +49 (0)6621 - 9680093
Mail: datenschutz@rotenburg.de

3. Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten

- Erhebung, Speicherung, Nutzung und Übermittlung von Endkundendaten im Kassen- und Zutrittskontrollsystem zu Abrechnungszwecken
- Erfassung von Bewegungsdaten innerhalb von Freizeitanlagen zu Abrechnungs- und Auswertungszwecken
- Speicherung und Übermittlung von Nutzer- und Buchungsdaten im Web zur Erfassung von Abrechnungen und Erstellung von personalisierten Tickets

4. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

- Mitarbeiter des Bäderbetriebes und der Stadt Rotenburg a. d. Fulda sowie Firma Gantner als Support
- zu Abrechnungszwecken werden Daten an die Buchhaltung und Kasse der Stadt Rotenburg a. d. Fulda übermittelt

5. Dauer der Speicherung

Ihre personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert, wie die entsprechenden Zutrittsberechtigungen vorliegen (Zeitraum Gültigkeit des gebuchten Tickets).

Im Anschluss werden die zu Abrechnungszwecken genutzten Daten für den Zeitraum der gültigen gesetzlichen Aufbewahrungsfrist gespeichert.

6. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der EU-DSGVO insbesondere folgende Rechte:

- a. Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 EU-DSGVO).
- b. Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 EU-DSGVO).
- c. Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 EU-DSGVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 EU-DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 EU-DSGVO.
- d. Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d EU-DSGVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.
- e. Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 EU-DSGVO).

7. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden:

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Postfach 3163

65021 Wiesbaden

Telefon: 0611 - 1408-0

Telefax: 0611 - 1408-900

E-Mail: poststelle@datenschutz-hessen.de